

# Wie gewonnen, so zerronnen? Frankreich verbietet Schiefergasförderung!

geschrieben von Hengsberger, Limburg, Krüger | 15. Juni 2011

## Frankreich: Verbot von Hydraulic Fracturing zur unkonventionellen Gasförderung passiert Senat

In Frankreich ist am 9.6.11 das erste mal in Europa ein Gesetz zum Verbot von Hydraulic Fracturing bei der unkonventionellen Gasförderung in Schiefergas verabschiedet worden.

Der Gesetzentwurf passierte in der Rekordzeit von unter 2 Monaten alle politischen Instanzen und zwingt jetzt die gasfördernden Unternehmen, nach alternativen Fördermethoden zu suchen.

Begründet wird das neue Gesetz damit, dass die Anwendung der aktuellen Form von Hydraulic Fracturing zur Gewinnung von Erdgas grundsätzlich gegen die französischen Umweltschutzziele verstößt.

- der Genehmigungsprozess sei intransparent und schließe Bürgerinnen und Bürger, Umweltschutzverbände, Behörden und die lokale Politik aus.
- Statt Energie einzusparen, werde nur der Wunsch der Unternehmen nach kurzfristigen Gewinnen berücksichtigt
- Hydraulic Fracturing stelle eine Gefahr für Mensch und Umwelt dar
- der Wasserverbrauch sei sehr groß
- die Förderung und Nutzung sei schädlich für das Klima – statt CO<sub>2</sub> zu vermeiden, wird zusätzliches CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre gebracht
- die Entsorgung der Frackwasser sei ungeklärt
- die eingesetzten Chemikalien seien ein Risiko für das Grundwasser
- die Förderung stehe in Konkurrenz zu Landwirtschaft und Tourismus

Die Trennung des Genehmigungsprozesses von Explorationsbohrungen und Förderung wird in der Begründung des Gesetzes angezweifelt. Zur Zeit gebe es keine andere Technik, um an das unkonventionelle Gas zu gelangen. Die hohen Investitionen zeigen, dass die Unternehmen eine Förderung von Anfang an erwarten. Die Exploration würde über Probefracks nahtlos in die Vorbereitung zur Förderung übergehen.

Ausgenommen vom Gesetz ist Hydraulic Fracturing zu Forschungszwecken. Damit soll die Tür zur Förderung von unkonventionellem Gas nicht vollständig geschlossen werden und den Unternehmen einen Anreiz zur Entwicklung umweltfreundlicher Technologien gegeben werden.

Die bisher erteilten Aufsuchungslizenzen werden innerhalb von 3 Monaten ungültig. In dieser Zeit haben die Unternehmen die Möglichkeit, vorzustellen, wie sie ohne Gefährdung von Mensch und Natur und ohne Hydraulic Fracturing an das Gas gelangen wollen. Dazu können die

Aufsuchungen auch in Forschungsprojekte umgewandelt werden, die unter Aufsicht der staatlichen Behörden durchgeführt werden.  
Die Opposition kritisiert diese Ausnahme und befürchtet eine Hintertür, durch welche die Unternehmen weiter arbeiten können wie bisher.  
Beitrag von Jörn Krüger am 10. Juni 2011  
Erschienen hier  
Quelle: <http://www.senat.fr/dossier-legislatif/ppl10-510.html>

**Update vom 15.6.11: Polen will billige Schiefergas-Energie vorantreiben.**

**Wie die unabhängige European Energy Review schreibt will Polen das Thema Schiefergas anlässlich seiner Übernahme der EU Präsidentschaft am 1.7.11 kräftig vorantreiben. Hier lesen From Poland with love**

**EXXON SCHEINT IN NRW EINEN SCHWEREN WEG ZU GEHEN:**

***... Das nehmen wir***

***Ihnen nicht ab.  
Die sind riesig.  
Anwohner werden  
Sturm laufen.  
Remmel: Natürlich  
steht der Schutz  
der Anwohner an  
erster Stelle.  
Aber, was das  
Landschaftsbild  
angeht. Da gilt:  
Windräder gehören***

**mittlerweile zur  
Kulturlandschaft  
wie**

**Überlandleitungen  
und Kühltürme von  
Kraftwerken. Das  
ist auch eine  
Geschmackssache.**

***Glauben Sie, dass  
in zehn Jahren  
auch Gas-Bohrtürme  
zur***

***Kulturlandschaft  
von NRW gehören?***

***Remmel: Nein.***

***ExxonMobil und  
andere wollen hier  
aber nach Gas  
bohren – auch mit  
Chemikalien.***

***Remmel: Es ist  
doch relativ  
leicht erkennbar,  
dass die Menschen***

**in NRW nicht  
wollen, dass beim  
sogenannten  
„Fracking“  
Chemikalien in den  
Boden gepresst  
werden. Das ist  
doch inzwischen  
einhellige  
Meinung. Das kann  
weder ExxonMobil  
noch ein anderes**

**Unternehmen gegen  
die Bevölkerung  
durchsetzen. Warum  
auch? Offenbar  
treten auch nach  
vielen Jahren noch  
Umweltschäden  
durch diese  
Fördertechnik auf  
– siehe USA. Ich  
glaube, das muss  
man sehr ernst**

nehmen.

***Braucht NRW diese Bohrungen?***

***Remmel: Wir wollen sie nicht. Aber das muss rechtssicher sein. Wir müssen das Gutachten über mögliche Gefahren abwarten, das in den kommenden***



**Tagen  
ausgeschrieben  
werden soll. ...**

**Quelle:**

**<http://www.ruhrnachrichten.de/nachrichten/politik/inland/art29862,1306510>**